

4. Juli 2015

Die Fragen stellte Lukas Werthenbach aus Neustadt an der Weinstraße, Student der Medienwissenschaften

Lukas Werthenbach:

Frau Bundeskanzlerin, Sie reisen nächste Woche nach Serbien, Albanien und Bosnien-Herzegowina. Serbien und Albanien sind EU-Beitrittskandidaten – mit Serbien laufen bereits Verhandlungen, mit Albanien noch nicht. Bosnien-Herzegowina ist ein möglicher Beitrittskandidat. Was muss in diesen Ländern noch geschehen, bis sie der EU beitreten können?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, wir haben allen Ländern des westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive für die Europäische Union gegeben. Und wir glauben auch, dass nur so die Konflikte zwischen diesen Ländern gelöst werden können. Und bei allen Schwierigkeiten, die wir noch haben, gibt es Fortschritte. Wir müssen ja daran denken, dass Kroatien und Slowenien als Länder des ehemaligen Jugoslawien bereits Mitglieder der Europäischen Union sind. Das läuft recht erfolgreich. Mit Serbien sind schon einige Kapitel eröffnet, aber wir stehen auch noch am Anfang des Beitrittsprozesses. Und bei Albanien gibt es noch viel zu tun, aber immerhin sind sie jetzt auch schon Beitrittskandidat. Insgesamt kann man sagen, dass wir vorangekommen sind, aber dass es nach wie vor sehr, sehr große Probleme gibt. Insbesondere bei Bosnien-Herzegowina, wo noch nicht mal ein Beitrittsantrag gestellt ist, weil dort auch die politische Situation noch sehr stagniert.

Die Bevölkerungsgruppe der Roma leidet in Serbien unter schwerer Diskriminierung. Dennoch stuft die Bundesregierung Serbien seit 2014 offiziell als „sicheren Herkunftsstaat“ ein. Was spricht für eine solche Einstufung?

Für eine solche Einstufung spricht, dass nahezu keine Asylanträge genehmigt werden, die hier in Deutschland gestellt werden. Für eine solche Einstufung spricht, dass auch Großbritannien, dass auch Frankreich und andere europäische Länder Serbien als sicheren Herkunftsstaat eingestuft haben. Und für eine solche Einstufung spricht, dass Serbien eine ganze Reihe von Maßnahmen unternommen hat, die auch die Diskriminierung von Roma – sozusagen – mildert, wenngleich man ganz klar sagen muss: Es gibt diese Diskriminierung noch, und ich werde das Thema auch bei meinem Besuch ansprechen. Serbien beteiligt sich an der Dekade zur Inklusion von Roma, die zwischen 2005 und 2015 durchgeführt wird. Und es gibt auch eine Reihe von europäischen Fonds, die genau der Beseitigung solcher Diskriminierung gewidmet sind. Und ich werde, wie gesagt, auf diesen Punkt noch einmal ganz gezielt hinweisen. Es ist nicht nur Serbien, wo die Situation der Roma schwierig ist, es sind auch andere Länder. Der kosovarische Ministerpräsident war in dieser Woche bei mir, und wir haben auch über dieses Thema gesprochen, weil es auch hier erhebliche Diskriminierungen gibt.

Zwischen Albanien und Serbien liegt Kosovo, das eine erhebliche Abwanderung erlebt und von Serbien nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird. Inwiefern trägt die EU Verantwortung für die Lage auf dem Balkan und was kann sie tun?

Wir tragen dort Verantwortung. Ich will nur daran erinnern, dass Hunderte von Soldaten im Kosovo sind, um genau die Spannungen zwischen den Albanern im Kosovo und der serbischen Minderheit zu mildern. Wir haben eine Polizeimission, die wir jetzt allerdings demnächst zu einem Ende bringen können – EULEX. Und immer wieder haben wir uns sehr für die Sicherheit dort eingesetzt. Wir haben verlangt, dass Serbien und Kosovo miteinander sprechen. Gerade in dieser Woche haben wieder umfangreiche Gespräche mit der Kommissarin für die Außenangelegenheiten, Federica Mogherini, stattgefunden. Das, was vor Jahren gar nicht möglich war: dass man in einem Raum sitzt und verhandelt, das ist heute möglich. Es ist noch extrem viel zu tun, aber es gibt wirklich erfreuliche Zeichen. Und wir drängen darauf, dass dieser Prozess auch beschleunigt wird. Und wir koppeln die Eröffnung von neuen Kapiteln für den Aufnahmeprozess von Serbien auch an solche Fortschritte im Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien. Und wir koppeln auch Maßnahmen im Blick auf Kosovo dran, dass beide Seiten sich wirklich bemühen voranzukommen.

Im Oktober letzten Jahres sagte Albaniens Premierminister Rama nach rassistisch motivierten Ausschreitungen bei einem Fußballspiel, die Beziehungen zu Serbien seien in einer „embryonalen Phase“. Haben Sie die Hoffnung, bei Ihren Besuchen einen ersten Schritt der Annäherung zwischen beiden Staaten zu bewirken?

Wir sehen Licht, und wir sehen Schatten. Aber immerhin war der albanische Premierminister seit langem zum ersten Mal in Serbien zu einem Besuch. Es gibt also kleine Pflänzchen der Hoffnung. Wir haben im vergangenen Jahr eine Westbalkan-Konferenz ausgerichtet, die in diesem Jahr von Österreich ausgerichtet wird. Beide Länder, Albanien und Serbien, arbeiten sehr aktiv, um die Ziele dieser Westbalkan-Konferenz auch zu erreichen – das heißt, Infrastrukturprojekte voranzubringen, Jugendaustausch voranzubringen, Wissenschaftsaustausch voranzubringen. Und nur durch diese praktischen, kleinen Schritte können wir dazu kommen, dass Spannungen abgebaut werden. Aber das ist noch ein mühevoller und langwieriger Prozess, und dennoch müssen wir ihn gehen.